



Gemeinde Eiken

Reglement über die familienergän- zende Kinderbetreuung

Von der Gemeindeversammlung beschlossen am 01. Dezember 2017.

Vom Gemeinderat beschlossen am 02.10.2017

Der Gemeindeammann a.i.
Sign. Christoph Aebi

Die Gemeindeschreiberin
Sign. Jennyfer Zbinden

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Inhalt	3
Art. 2	Ziele	3
Art. 3	Begriffe	4
Art. 4	Unterstützung durch die Einwohnergemeinde Eiken	4
Art. 5	Finanzierung	4

II. Gemeindebeiträge

Art. 6	Anspruchsberechtigung	5
Art. 7	Besondere Anspruchsberechtigungen	5
Art. 8	Massgebendes Einkommen	6
Art. 9	Quellenbesteuerung	6
Art. 10	Höhe und Anspruch der Gemeindebeiträge	6
Art. 11	Minimale Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten	7
Art. 12	Pflichten der Anspruchsberechtigten	7
Art. 13	Bedingungen für teilnehmende Institution	7

III. Schlussbestimmungen

Art. 14	Richtlinien	8
Art. 15	Zuständigkeiten	8
Art. 16	Rechtsmittel	8
Art. 17	Inkraftsetzung	8

Die in diesem Reglement verwendeten Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

Gestützt auf das Schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB; SR 210) vom 10. Dezember 1907, die eidgenössische Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (PAVO; SR 211.222.388) vom 19. Oktober 1977 und auf das kantonale Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG, SAR 815.300) vom 12. Januar 2016 erlässt die Einwohnergemeinde Eiken folgendes Reglement:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Inhalt

Inhalt

¹ Dieses Reglement bildet die Grundlage für die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch die Einwohnergemeinde Eiken im Vorschul- und Schulbereich.

² Dieses Reglement regelt die Anspruchsberechtigung sowie die Höhe und den Umfang der Beiträge der Einwohnergemeinde Eiken an die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Art. 2 Ziele

Ziele

¹ Die Einwohnergemeinde Eiken stellt den Zugang zu einem bedarfsgerechten Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern bis zum Abschluss der Primarschule sicher.

² Die Unterstützung durch die Einwohnergemeinde Eiken verfolgt folgende Ziele:

- a) Erleichtern der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder des Wiedereinstiegs in eine berufliche Tätigkeit;
- b) Vermindern der Abhängigkeit von der Sozialhilfe;
- c) Ermöglichen von Eingliederungsmassnahmen der Arbeitslosenversicherung oder der Invalidenversicherung;
- d) Verbessern der gesellschaftlichen und sprachlichen Integration und der Chancengleichheit der Kinder;
- e) Umsetzen der Empfehlungen oder Verfügungen einer kantonalen oder kommunalen Behörde oder Fachstelle zum Schutz oder Wohl des Kindes;
- f) Fördern eines attraktiven Wohn- und Arbeitsumfeldes.

³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz in der Wohngemeinde.

Art. 3 Begriffe

Begriffe

¹ Die familienergänzende Kinderbetreuung umfasst den Vorschul- und Schulbereich.

² Der Vorschulbereich umfasst Kinder ab dem Alter von drei Monaten bis zum Eintritt in den Kindergarten.

³ Der Schulbereich umfasst Kinder ab dem Eintritt in den Kindergarten bis zum Abschluss der Primarschule.

⁴ Anspruchsberechtigte Personen sind Erziehungsberechtigte im Sinne des Schulgesetzes vom 17. März 1981 (Stand 1. August 2016).

Art. 4 Unterstützung durch die Einwohnergemeinde Eiken

¹ Die Einwohnergemeinde Eiken unterstützt Erziehungsberechtigte bei den Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung:

- a) im Vorschulbereich für den Besuch einer Kindertagesstätte oder Tagesfamilie.
- b) im Schulbereich für den Besuch von modularen Tagesstrukturen oder Tagesfamilien.

² Beitragsberechtigt sind die eigentlichen Betreuungskosten ohne Spesen und ohne Kosten für Mahlzeiten.

³ Der Gemeinderat kann in den Richtlinien weitere Betreuungsformen benennen, welche zur Erfüllung der in § 2 Abs. 2 aufgeführten Ziele beitragen.

Art. 5 Finanzierung

Finanzierung

¹ Die Finanzierung erfolgt in der Regel über die Subjektfinanzierung mittels Gemeindebeiträge. Gemeindebeiträge sind finanzielle Beiträge der Einwohnergemeinde Eiken, welche direkt an die Erziehungsberechtigten ausbezahlt werden.

² Die Einwohnergemeinde Eiken kann mit privaten Institutionen zusammenarbeiten, an die sie finanzielle Beiträge ausrichtet.

II Gemeindebeiträge

Art. 6 Anspruchsberechtigung

Anspruchsberechtigung

¹ Anspruchsberechtigt sind Erziehungsberechtigte mit zivilrechtlichem Wohnsitz in Eiken mit Kindern mit zivilrechtlichem Wohnsitz in Eiken.

² Die Erwerbstätigkeit gemäss Art. 2 Abs. 2 lit. a bis c beträgt dabei bei

- a) zwei Erziehungsberechtigten mindestens 120 %;
- b) einem alleinerziehenden Elternteil mit im gleichen Haushalt lebendem/r Partner/in mindestens 120 %;
- c) einem alleinerziehenden Elternteil mindestens 20 %.

³ Einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden

- a) die Absolvierung einer anerkannten beruflichen Aus- und Weiterbildung;
- b) die Teilnahme an einer Eingliederungsmassnahme einer Sozialversicherung;

⁴ Für eine Anspruchsberechtigung nach Art. 2 Abs. 2 lit. e muss eine Verfügung einer kantonalen oder kommunalen Behörde oder einer Fachstelle vorliegen.

Art. 7 Besondere Anspruchsberechtigungen

Besondere Anspruchsberechtigungen

¹ Erziehungsberechtigte ohne Bezug zur Erwerbstätigkeit haben Anspruch auf Gemeindebeiträge, wenn

- a) eine Verfügung einer Behörde zum Schutz oder Wohl des Kindes vorliegt;
- b) eine sprachliche Integration eines Kindes mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen angezeigt ist;
- c) eine physische oder psychische Überbelastung der Erziehungsberechtigten vorliegt, welche die Kinderbetreuung im eigenen Haushalt ganz oder teilweise verunmöglichlicht;
- d) eine Entlastung, eine dringliche Unterstützung oder der Schutz eines Kindes (z. B. bei Gefährdung der Entwicklung des Kindes) dies verlangt;
- e) eine wirtschaftliche Notlage verhindert werden soll, um das Familiensystem langfristig zu stabilisieren.

² Für Kindergartenkinder kann der Bereich Finanzen Gemeindebeiträge für die Betreuung in einer Kindertagesstätte zusprechen, wenn

- a) ein Kind vor dem Kindertageneintritt bereits in einer Kindertagesstätte betreut wurde und damit ein bestehendes Betreuungsverhältnis fortgeführt wird;

- b) die Öffnungszeiten der schulergänzenden Betreuungsangebote die Arbeitszeiten der Erziehungsberechtigten nicht abdecken;
- c) die schulergänzenden Betreuungsangebote ausgebucht sind.

Art. 8 Massgebendes Einkommen

Massgebendes Einkommen

¹ Die Berechnung erfolgt auf Basis des massgebenden Einkommens. Das massgebende Einkommen besteht aus dem bereinigten steuerbaren Einkommen, zuzüglich einem Fünftel des steuerbaren Vermögens des massgebenden Steuerjahres, abzüglich eines Einkommensabzugs (Angang 1, KVGG).

² Das bereinigte steuerbare Einkommen entspricht dem rechtskräftig veranlagten steuerbaren Einkommen ohne Berücksichtigung

- a) der Abzüge für Liegenschaftsunterhaltskosten, soweit sie über dem Pauschalabzug liegen,
- b) der Abzüge für Einkaufsbeiträge an die Säule 2 und Säule 3a,
- c) der Abzüge für freiwillige Zuwendungen,
- d) der Abzüge für Zuwendungen an politische Parteien
- e) der Abzüge für Verluste früherer Geschäftsjahre bei Selbstständigerwerbenden
- f) des zusätzlichen Sozialabzugs für tiefe Einkommen

³ Auf begründetes schriftliches Gesuch hin, kann der Gemeinderat in Härtefällen das massgebende Einkommen anpassen.

Art. 9 Quellenbesteuerung

Quellenbesteuerung

¹ Quellenbesteuerte Erziehungsberechtigte reichen in Ergänzung zum Antrag ihre Lohnausweise ein.

² Bei quellenbesteuerten Erziehungsberechtigten entspricht das massgebende Einkommen dem Bruttolohn und/oder weiteren steuerbaren Leistungen abzüglich einer Pauschale von 25 %.

Art. 10 Höhe und Anspruch der Gemeindebeiträge

Höhe und Anspruch der Gemeindebeiträge

Die Höhe der Gemeindebeiträge sowie der maximale Anspruch (Anzahl Betreuungstage) richten sich nach dem massgebenden Einkommen sowie dem Erwerbsum.

Art. 11 Minimale Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Minimale Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Anspruchsberechtigte Erziehungsberechtigte bezahlen in jedem Fall mindestens eine minimale Kostenbeteiligung in Höhe von 25 %.

Art. 12 Pflichten der Anspruchsberechtigten

Pflichten der Anspruchsberechtigten

¹ Die Anspruchsberechtigten sind verpflichtet, die zur Bemessung benötigten Auskünfte vollständig und wahrheitsgetreu anzugeben sowie die notwendigen Unterlagen einzureichen.

² Die Anspruchsberechtigten sind verpflichtet, dem Bereich Finanzen Veränderungen der Verhältnisse, die eine Änderung des Anspruchs zur Folge haben könnten, umgehend mitzuteilen und zu belegen.

³ Unrechtmässig bezogene Gemeindebeiträge sind zurückzuerstatten.

⁴ Eine Pflichtverletzung kann zu einem Leistungsausschluss führen.

Art. 13 Bedingungen für teilnehmende Institutionen

Bedingungen für teilnehmende Institutionen

¹ Erziehungsberechtigte können Gemeindebeiträge für die Betreuung in Einrichtungen geltend machen, die folgende Bedingungen erfüllen:

- a) Einhaltung der Lohnempfehlungen für Mitarbeitende gemäss Berufsverbänden;
- b) Abgabe von statistischen Angaben über die Betreuungsverhältnisse unter Wahrung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes;
- c) Einhaltung der administrativen Vorgaben für die Abwicklung von Gemeindebeiträge;
- d) Erbringung der Betreuung zu mindestens 50 % in deutscher Sprache,
- e) Betreuungsangebote, die mehrsprachig geführt werden, verfügen über ein Sprachförderungskonzept für Deutsch;
- f) Eltern ohne Berechtigung auf Gemeindebeiträge darf kein anderer Tarif verrechnet werden als den Eltern die Anspruch auf Gemeindebeiträge haben.

² Für Kindertagesstätten und Tagesfamilien gelten zusätzlich die folgenden Vorgaben:

- a) Die Kindertagesstätte verfügt über eine Betriebsbewilligung der Standortgemeinde.
- b) Die Tagesfamilie ist dem Tagesfamilienverein Möhlin und Umgebung oder einer anderen anerkannten Tagesfamilienorganisation angeschlossen.

³Zur Sicherung der Qualität kann der zuständige Bereich bei Betreuungsangeboten, für welche Gemeindebeiträge geleistet werden, Kontrollen durchführen oder Dritte damit beauftragen.

III. Schlussbestimmungen

Art. 14 Richtlinien

Richtlinien

Den Vollzug und die Einzelheiten dieses Reglements sowie die Tarifierpassungen, werden in den Richtlinien geregelt.

Art. 15 Zuständigkeiten

Zuständigkeiten

¹ Der Bereich Finanzen verfügt den Anspruch, den Beginn und die Höhe der Gemeindebeiträge bzw. des Tarifs im Einzelfall.

² Alle anderen Verfügungen werden vom Gemeinderat erlassen.

Art. 16 Rechtsmittel

Rechtsmittel

¹ Sind die Betroffenen mit der Verfügung des Bereichs Finanzen nicht einverstanden, können sie dies innert einer nicht erstreckbaren Frist von 10 Tagen seit Zustellung dem Gemeinderat schriftlich mitteilen. Damit wird die Verfügung vollständig aufgehoben und der Gemeinderat entscheidet selbst.

² Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 30 Tagen beim Regierungsrat des Kantons Aargau schriftlich und begründet Beschwerde geführt werden. Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungs- und Rechtspflege des Kantons Aargau (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007.

Art. 17 Inkraftsetzung

Inkraftsetzung

Dieses Reglement tritt per 1. Januar 2018 in Kraft.

Von der Gemeindeversammlung beschlossen am
01. Dezember 2017.

Dieser Beschluss ist am 09.01.2018 in Rechtskraft erwachsen.

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Gemeindeammann a.i.:

Die Gemeindeschreiberin:

sign. Christoph Aebi

sign. Jennyfer Zbinden